



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/136

Bonn, 15. Juni 1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

Der Kohlenverkauf im Schuman-Plan	S. 1
Prognose für den Bolschewismus	S. 3
Bericht aus dem Ostsektor Berlins	S. 5
Zu einem Kommentar des "Rhein-Merkur"	S. 7

Der Schuman-Plan in Einzeldarstellungen

Von Fritz Erler M.d.B.

#### IV. Der Kohlenverkauf

Die deutschen Kohlengruben verkaufen ihre Kohlen an den Verbraucher nicht selbst. Der gesamte Kohlenabsatz geht über eine einheitliche Kohlenverkaufsorganisation. Das ist keine Erfindung der Besatzungsmächte oder der Nazis; die Einrichtung wurde auch nicht vom Profitinteresse der Kohlengruben diktiert, die gemeinsam die Verbraucher ausbeuten wollten. Es war vielmehr der Gesetzgeber der Weimarer Zeit selbst, der eingriff und das Deutsche Kohlenverkaufs-Syndikat durch Gesetz schuf. Kohlenpreise in Deutschland waren nie freie Marktpreise, sondern immer öffentlich regulierte Preise, bei denen nicht nur an die Marktlage, sondern auch an die Bedürfnisse der gesamten Volkswirtschaft gedacht wurde.

Der Entwurf des Schumanplan-Vertrages sieht die Auflösung des zentralen Kohlenverkaufes vor. Die Bundesregierung hatte schon vorher den Alliierten diese Auflösung über deren Wünsche hinaus angeboten. Selbstverständlich wird der Kohlenverkauf nicht auf einen Schlag aufgelöst. Es sind gewisse Übergangsbestimmungen vorgesehen. Allmählich fallen je nach ihrer Grössenklasse die Verbraucher aus dem gelenkten Verkauf heraus.

Wozu diente der zentrale Kohlenverkauf? Wir haben in

Deutschland ausserordentlich verschiedene Förderungsbedingungen im Bergbau. Es gibt Zechen, die in günstiger Tiefe hochwertige fette Kohle aus ertragreichen Flözen fördern. Andere dagegen müssen aus grosser Tiefe Magerkohle in dünnen Flözen zutage bringen. Es ist klar, dass nicht nur die Schichtleistung der Bergleute infolgedessen ausserordentlich verschieden ist, sondern sich vor allem auch die für die Wärmeinheit aufgewendete Lohnsumme in den Gruben stark unterscheidet. Eine ganze Reihe von Gruben im Ruhrrevier wäre bankrott gegangen, wenn nicht der zentrale Kohlenverkauf einen Mischpreis für die Kohle gebildet und auf diese Weise die unter günstigen Bedingungen produzierenden Gruben gezwungen hätte, den anderen zu helfen. So ist es gelungen, das schwere Schicksal der Dauerarbeitslosigkeit und Verödung von einigen wichtigen Kohlenstädten des Ruhrreviers fernzuhalten.

Es wird behauptet, dass der Schuman-Plan für unrentable Zechen Subventionen vorsähe. Das trifft nur für diejenigen, z.B. belgischen, Zechen zu, die heute schon unrentabel sind. Das gilt nicht für die deutschen Gruben, die erst mit der Durchführung des Vertrages unrentabel werden. Die Sorge für diese Gruben und ihre Belegschaften bleibt allein bei uns. Stellen wir uns doch einmal vor, was für das Ruhrrevier die Arbeitslosigkeit in bestimmten Städten politisch zu bedeuten hätte! Man kann eben Bergarbeiter nicht von einem zum anderen Tage mit ihren Familien und Werkwohnungen versetzen.

Angeblich sind Zusicherungen für den Aufbau einer Ersatzorganisation vorhanden. Warum finden sich diese Zusicherungen dann nicht im Text des Vertrages? Warum vor allem baut man etwas Bewährtes ab, um es nachher durch etwas angeblich nahezu Gleichwertiges zu ersetzen? Der Verdacht liegt nahe, dass zunächst einmal der Kohlenverkauf zerschlagen wird, die Ersatzorganisation aber noch lange Zeit, vielleicht für immer, im Monde liegt.

Wieder liegen in unserem Nachbarland Verhältnisse vor, an deren Änderung niemand denkt. Die französischen Kohlengruben sind nämlich nationalisiert und unterstehen einer einheitlichen Leitung. Selbstverständlich betreiben sie eine einheitliche Preispolitik. Die Gruben stehen nicht in ruinösem Wettbewerb gegeneinander. Warum wird den Deutschen der zentrale Kohlenverkauf untersagt, während der Vertrag keinerlei Bestimmung enthält, die die gleiche Einrichtung in Frankreich verbietet, die dort zwar nicht so heisst, aber durch die zentrale staatliche Leitung des Landes wirksam vorhanden ist?

Prognose für den BolschewismusIn zehn bis zwanzig Jahren..

M. Prognosen für ein Ende des Bolschewismus sind oft gestellt worden. Am häufigsten hat man es für die Zeit nach dem Tode Stalins erwartet. Unter seinen Nachfolgern, so meinte man, würde es wie nach dem Tode Alexanders des Großen zu Diadochenkämpfen kommen. Aber der Vergleich hinkt; denn Alexanders Reich war eine Schöpfung Alexanders, aber die Sowjetunion ist nicht Stalins Werk. Sie hat eine breitere Basis und zeigt gerade auch in Personalfragen eine erstaunliche Festigkeit und Kraft des Zusammenhaltens. Bedenkt man, daß sie von keiner ihrer vielen "Säuberungen" ernsthaft bedroht worden ist, obwohl eine solche Bedrohung im Westen immer wieder erwartet wurde, und daß auch der Herrschaftswechsel von Lenin zu Stalin ohne große Erschütterung geschah, wird man von einem Ende Stalins, das außerdem keineswegs nahe bevorzustehen scheint, keine Wunder erwarten. Wohl aber wird man sich fragen dürfen, ob nicht im sowjetischen System selber Kräfte wirksam sind, die von sich aus, im Wege der allmählichen Entwicklung, zu entscheidenden inneren Veränderungen führen können. Ja man wird nach einer Untersuchung dieser Kräfte sogar die Frage stellen dürfen, für wann mit einem gewissen Abschluß dieser Entwicklung, das heißt mit einem Ende des bolschewistischen Regimes in der heutigen Form, gerechnet werden kann.

Ein russischer Soziologe, der selber durch die strenge und kritische Schulung des Bolschewismus ging, G.F. Achminow, hat diese Fragen nun aufgrund einer mit großer Gründlichkeit und Denkschärfe betriebenen Analyse der sowjetischen Verhältnisse zu beantworten gesucht. Seine Ergebnisse sind sehr aufschlußreich. Eine Änderung des russischen Herrschaftssystems ist danach nicht von einem Aufstand der geknechteten Massen zu erwarten, weil Massen von sich aus kaum aktiv werden können, wohl aber von Veränderungen in seiner Führungsschicht. Diese Schicht besteht heute aus zwei Gruppen: dem kommunistischen Parteiapparat und der sogenannten Technischen Intelligenz, den Fachleuten der Einzelgebiete. Die Macht lag anfangs durchaus bei der ersten, die zweite war nur ein notwendiges Übel. Aber je länger das Regime dauert und je komplizierter sein Ausbau wird, umso mehr

steigt das Gewicht der Fachleute. Und je mehr deren Bedeutung wächst, umso stärker wird ihr Bewußtsein von der eigenen Unentbehrlichkeit und desto geringer ihre Neigung, sich den Forderungen der Partei zu unterwerfen. Das hat sich deutlicher zuerst während des Krieges gezeigt.

Dazu kommt nun der Wechsel der Generation. Die Funktionäre aus der Revolutionszeit, für die der Bolschewismus ein unter Opfern erkämpfter "Fortschritt" war, dürften in etwa einem Jahrzehnt gestorben sein. Hinter ihnen kommt eine Schicht, die bereits im Bolschewismus groß wurde; für sie ist er kein Ziel mehr, sondern eine Tatsache, und sie beurteilt ihn, wie andere Tatsachen auch, nach den Vorteilen, die er ihr bringt. Diese Vorteile sind bei der Technischen Intelligenz schon heute beträchtlich. Ihre Position als "Klasse" ist fast unangreifbar geworden. Sie muß mit der Zeit ganz natürlich zu dem Wunsche kommen, das Erreichte nun auch zu sichern; es muß in ihr das Verlangen entstehen, die eigene Macht und den eigenen Besitz (der heute schon wieder möglich ist) an ihre Kinder weiterzugeben. So wird sie durch die Entwicklung von selbst zur Forderung nach Wiedereinführung des Privateigentums und einer demokratischeren Gesellschaftsordnung, das heißt nach einer Beendigung des bolschewistischen Systems, gedrängt.

Ein solcher Wandel von innen heraus kann aber erst für die Zeit erwartet werden, in der die zweite Generation die volle Herrschaft erreicht. Das wird in zehn bis zwanzig Jahren der Fall sein. Zwischen 1960 und 1970 also dürfte, wenn bis dahin keine Störungen von außen erfolgen, nach Ansicht des genannten russischen Soziologen, der Bolschewismus von innen her in die Krise geraten, die zu einem Ende seiner Herrschaft führen kann.

+ + +

#### Der Rekordstand der schwedischen Demokratie

(sp) Die Mitgliederzahl der schwedischen sozialdemokratischen Partei hat einen neuen Rekordstand erreicht. Sie ist seit dem Jahre 1949 um 52000 gewachsen und beträgt heute rund 722000, bei einer Einwohnerzahl von 6,77 Millionen. Einige Kollektivmitgliedschaften von Gewerkschaften fallen für die Gesamtziffer nicht entscheidend ins Gewicht.

+ + +

Der verzweifelte Ostsektor

W.B., Berlin

Der Berliner klagt häufig - und leider nicht immer zu unrecht - darüber, daß er von den Landsleuten im deutschen Westen nicht mehr richtig verstanden werde. Ein Stück solcher Entfremdung spielt sich auch auf Berliner Boden ab. Menschen im Ostsektor Berlins haben nicht selten den Eindruck, daß die eigenen Mitbürger in Westberlin ihre Probleme nicht mehr richtig verstehen. Die beiden, gewaltsam auseinandergerissenen Teile der deutschen Hauptstadt befinden sich in der Gefahr des Sichauseinanderlebens.

Der Ostsektor mit seinen über eine Million Menschen gehört formal nicht zur Sowjetzone. Aber die faktische Eingliederung ist mit aller Rücksichtslosigkeit vorangetrieben worden - neuerdings spricht die SED sogar vom "Sozialismus im Land". Immerhin können die Sowjets und ihre kommunistischen Handlanger in Berlin nicht ganz so, wie sie gerne möchten, der Terror ist im Ostsektor also nicht ganz so schlimm wie in der Zone, auch die Lebensbedingungen, so hart sie sind, heben sich von den Verhältnissen in der Zone leicht vorteilhaft ab.

Westberlin mit seinen 2,2 Millionen Einwohnern ist in bedingtem, allerdings sehr bedingtem, Maße ein Schutzort für bedrängten Ostsektoraner. Das Hin und Her der Menschen in einer durch tausend Bande verknüpften Großstadt läßt sich trotz aller Spaltungsmaßnahmen nicht einfach abstoppen. Der Durchschnittsbürger fährt vom Osten nach dem Westen, weniger häufig vom Westen in den Osten. Noch immer arbeiten tausende von Ostberlinern in den Westsektoren, und umgekehrt. Die Menschen können also täglich Vergleiche anstellen. Und die Machthaber im Osten lassen es sich etwas kosten, daß sie bei diesen Vergleichen nicht gar zu schlecht wegkommen.

Aber all das ändert nichts an der zunehmenden Verzweiflung und manchmal auch Hoffnungslosigkeit vieler Bewohner des Ostsektors. Denn selbst wenn der Terror in etwas abgeschwächten Formen vor sich geht - so werden doch täglich Verschleppungen und willkürliche Verhaftungen gemeldet. Die rechtmäßigen Organe des Landes Berlin müssen diesem Treiben in ohnmächtiger Weisheit zusehen, denn am Brandenburger Tor und Potsdamer Platz ist ihrem Einfluß eine Grenze gesetzt. Auch

mit dem neuen Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit wird man nur in einzelnen Fällen jene Verbrecher fassen können, die sich auf der östlichen Seite betätigen.

So fragt denn der Ostsektoraner immer häufiger: könnt Ihr gar nichts für uns tun? Viele Male wurde diese Frage vor und während der östlichen "Volksabstimmung" gestellt. Der Berliner Senat und die demokratischen Parteien erklärten, daß es sich nicht lohne, wegen der Tragikomödie des Abstimmungsrummels persönliche Opfer zu bringen. Nichtsdestoweniger haben viele, in einigen Wahllokalen über die Hälfte, trotz aller Drohungen und unbeschadet des kaum gegebenen Wahlgeheimnisses, ihr Kreuz in den Nein-Kreis gesetzt. Trotz dieser tapferen Haltung bleibt bei der Bevölkerung das Gefühl einer gewissen Ausweglosigkeit, ja, es hat vielleicht durch den Abstimmungsrummel noch zugenommen. Denn es hat sich noch einmal gezeigt, daß die Machthaber im Osten in der Lage und entschlossen sind, die ihnen unterworfenen Menschen immer wieder zu demütigen und unter das Joch zu zwingen.

Im Abgeordnetenhaus von Berlin- dem auch, was viel zu wenig bekannt ist, Vertreter des Ostsektors angehören, nämlich stimmberechtigt solche, die in Westkreisen gewählt wurden und ohne Stimmrecht solche, die 1946 in den Ostkreisen gewählt wurden- wird gegenwärtig die Bildung eines besonderen Ostberlin-Ausschusses erwogen. Dem Regierenden Bürgermeister wird eine Abteilung unterstellt werden, die sich mehr als bisher mit den Fragen befassen soll, die mit dem Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Berlins zusammenhängen.

Solche Maßnahmen sind wichtig. Sie kommen keinen Tag zu früh, da es in Westberlin tatsächlich schon viele gibt, die sich wenig Gedanken wegen ihrer Mitbürger im anderen Teil der gleichen Stadt machen. Aber es bleibt dennoch die bittere Erkenntnis, daß dem Ostsektor Berlins eine unmittelbare und entscheidende Hilfe nur sehr bedingt gewährt werden kann. Es ist leider nicht sehr wahrscheinlich, daß der Kampf um die Einheit Berlins vor der Auseinandersetzung um die Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Boden der Freiheit zu Ende geführt werden kann.

Bedauerlicher Eifer

(sp) In Kreisen, die der Regierung nahestehen, empfindet man es offenbar unangenehm, daß das öffentliche Gespräch über die deutsche Wiederbewaffnung im letzten halben Jahr etwas ins Stocken geraten ist. Der dem Bundeskanzler besonders nahestehende "Rheinische Merkur" hat nun -- die gleichzeitige Abwesenheit Dr. Adenauers braucht nicht zu beweisen, daß der Kanzler ununterrichtet ist -- in einem kurzen, sehr deutlichen Beitrag das Thema in einem sehr bezeichnenden Sinne wieder aufgegriffen. Unter der Überschrift "Der Zeiger rückt vor" beginnt er mit den Worten: "Es wird Zeit, daß sich unser Volk mit allem Ernst darauf vorbereitet, seinen Beitrag zur Verteidigung der freien Welt auch auf militärischem Gebiet zu leisten". Etwas später heißt es dann: Schon seien die Engländer im Begriff, ihre Wacheinheiten durch neue Verträge in einen Status zu versetzen, der es erlaubt, sie im Ernstfall als militärische Verbände zu ersetzen und zwar ohne die Einschaltung und den Einfluß irgendeiner deutschen Autorität und selbst außerhalb der Grenzen des deutschen Staatsgebietes. Hier zeige sich die Kalamität einer solchen "Sicherheit über die Hintertreppe".

Abgesehen von der interessanten Bestätigung, die nun auch von dieser Stelle für den paramilitärischen Charakter der DDO gegeben wird, ist aufschlußreich, wie sehr der "Rheinische Merkur" und die hinter ihm stehenden Kreise danach drängen, so schnell wie möglich über den Ausgang für Herrschaften am militärischen Beitrag beteiligt zu werden, ganz augenscheinlich auch dann, wenn die Voraussetzungen dafür unzureichend sind. Denn es wird etwas später gesagt: "Die Vereinigten Staaten werden bis zum Ende des Jahres sechs Divisionen bei uns stationieren. Damit wird auch der immer wieder geforderte Schutzvorhang zugezogen sein, hinter dem sich eine Verteidigung Europas durch die Europäer erst organisieren läßt".

Nein, dieser Vorhang reicht eben bei weitem nicht aus. Es ist bedauerlich, daß wieder einmal von einer der Bundesregierung nahestehenden Seite dem Drängen gewisser amerikanischer Kreise in einer Weise Vorschub geleistet wird, die absolut nicht den wahren deutschen Interessen entspricht.

---

Verantwortlich: Peter Raunau